

# NACHHALTIGKEITSPRINZIPIEN JENSEITS DES DREI-SÄULEN-PARADIGMAS

Niko Paech

Ausgehend von einem kurzen 'dogmenhistorischen' Rückblick wird ein Orientierungsrahmen für eine nachhaltige Entwicklung skizziert. Er basiert auf sechs Prinzipien, die sich aus einer Anwendung des Kriteriums der zeitlichen und räumlichen Übertragbarkeit ergeben: Effizienz, Konsistenz, Suffizienz, Risikominderung, Umverteilung und Vermeidung. Demgegenüber erweist sich das sog. 'Drei-Säulen-Modell' angesichts seiner immanenten Widersprüche als ungeeignetes Zielssystem. Diese Widersprüche lösen sich erst auf, wenn die drei Säulen Ökologie, Soziales und Wirtschaft nicht als Ziele, sondern als Handlungsfelder betrachtet werden, in denen die obigen Prinzipien zur Anwendung gelangen.

Starting with a short look into the history of the sustainability discussion a framework for sustainable development is outlined. It consists of six main principles that result from the criterion of spatial and temporal generalization: Efficiency, consistency, sufficiency, risk reduction, redistribution, and avoidance. In contrast, the so called 'Three Pillar' or 'Triple Bottom Line' approach turns out to be an inadequate goal. The ecological, social, and economic pillar should each not be viewed as an objective but as a field of action in which the principles should be applied.

Schlüsselwörter: Übertragbarkeitskriterium, Nachhaltigkeitsprinzipien, technischer Weg, kultureller Weg

Keywords: criterion of generalizability, principles of sustainability, technical change, cultural change

## 1. Einführung: Von der Zauberformel zur Worthülse?

Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung (sustainable development) erfreut sich seit Beginn der neunziger Jahre hoher Beachtung. Begleitet von einer unüberschaubaren Flut an Definitionsversuchen, inhaltlichen Auslegungen und konkreten Anwendungen ist der Begriff zu einer allgemein akzeptierten Rezeption für politische und wissenschaftliche Auseinandersetzungen mit zukunftsrelevanten Fragestellungen geworden. Auffällig ist dabei das breite Spektrum an Forderungen und Interessen, für die der Nachhaltigkeitsbegriff in Anspruch genommen wird.

Inzwischen droht dem Konzept aufgrund mangelnder definitorischer Schärfe eine Verwässerung. Bisweilen entsteht der Eindruck, dass Nachhaltigkeit zu einem wohlfeilen und beliebigen Platzhalter geworden ist, der Lösungsrezepte für *übergreifende* Problemstellungen jedweder Art verspricht. Aber welche Problemlagen ließen sich heute nicht in irgendeiner Form als *übergreifend* charakterisieren, einschließlich solcher, deren Formulierung lediglich bestimmte Partikularinteressen reflektiert? Gegen diese Tendenz setzte sich bereits Daly (1999, 27) zur Wehr: „Jede Definition, die nichts ausschließt, ist wertlos. [...] Bald war nachhaltige Entwicklung so definiert, dass sie sogar das Recht auf friedliche Versammlung beinhaltete. Dieses Recht ist eine gute Sache. Es ist jedoch nicht sinnvoll, alle guten Dinge in die Definition nachhaltiger Entwicklung aufzunehmen.“

Vollkommen ausgeblendet wird bislang, dass der für eine nachhaltige Entwicklung erforderliche Strukturwandel nicht nur Gewinner, sondern eben auch Verlierer hervor-

bringen würde. Statt sich mit dieser Erkenntnis auseinanderzusetzen, wird die Diskussion von der Suche nach einem neuen Konsens beherrscht, der alle Beteiligten im Sinne einer 'Win-win'-Logik besser stellen soll. Dies birgt die Gefahr, den Nachhaltigkeitsgedanken als amorphen Rundumschlag in Sachen Weltverbesserung misszuverstehen. Degradiert zu einer nichts sagenden Metapher, in die alles Beliebige hineininterpretiert werden kann, verliere das Leitbild seine Orientierungskraft und folglich jegliches Problemlösungspotenzial. Dabei lässt ein 'dogmenhistorischer' Rückblick offenkundig werden, dass die anfängliche Zielrichtung des Nachhaltigkeitsdiskurses durchaus als ursachenadäquates Lösungskonzept für eine originäre – eben nicht jede beliebige – Problemstellung abgegrenzt werden kann. Nur vor diesem Hintergrund kann ein weitgehend widerspruchsfreier Orientierungsrahmen für eine nachhaltige Entwicklung hergeleitet werden.

Besonders auffällig an der Entstehungsgeschichte des Nachhaltigkeitsbegriffs ist, dass dieser die vorangegangene Umweltdiskussion scheinbar abgelöst hat. War dies eine bloße Umetikettierung oder ging damit ein inhaltlich begründeter Paradigmenwechsel einher? Im Folgenden soll zunächst die seit etwa Mitte der achtziger Jahre allmählich gewandelte Wahrnehmung globaler ökologischer und sozialer Problemlagen nachgezeichnet werden, um den Übergang vom Umwelt- zum Nachhaltigkeitsdiskurs zu verstehen. Daran anknüpfend werden zwei Auslegungen des Nachhaltigkeitsbegriffs – man könnte auch von zwei konkurrierenden Nachhaltigkeitsphilosophien sprechen – skizziert. Es handelt sich dabei zum einen um das Kriterium der räumlichen und zeitlichen Übertragbarkeit, an dem sich schon der Brundtland-Report (HAUFF 1987) orientiert hatte. Dieses Kriterium soll im vorliegenden Beitrag zu einem Orientierungsrahmen weiterentwickelt werden, der auf sechs Nachhaltigkeitsprinzipien fußt. Zum anderen wird das sog. 'Drei-Säulen'-Modell diskutiert. Aufgrund seiner leicht vermittelbaren Logik sowie seiner Anschmiegsamkeit an unterschiedlichste Interessen beherrschte es bis dato die politische und öffentliche Nachhaltigkeitsdiskussion. Aber inzwischen mehrt sich die Kritik, dass dieser Ansatz aufgrund konzeptioneller Widersprüche mehr Probleme schafft, als er löst.

## **2. Vom Umwelt- zum Nachhaltigkeitsdiskurs: Ein kurzer Blick in die Dogmenhistorie**

An frühen Vorläufern, die sich intensiv mit zukünftigen Herausforderungen im Spannungsfeld zwischen Ökologie und Ökonomie auseinandergesetzt haben, besteht kein Mangel. Dennoch war es vermutlich den Arbeiten des Club of Rome, dem Bericht 'Global 2000' sowie anderen, eher populärwissenschaftlichen Beiträgen aus den 70er Jahren vorbehalten, die öffentliche Aufmerksamkeit auf das Thema Umwelt zu lenken. Parallel dazu wurde die aufkeimende Anti-Atomkraft- und Ökobewegung zum Multiplikator einer zunehmenden Sensibilisierung gegenüber Umweltbelangen. Die Wahrnehmung ökologischer Bedrohungsszenarien speiste sich überdies aus einer zunehmenden Offenlegung latenter Umweltrisiken sowie aus spektakulären Zwischen-, Stör- oder Unfällen, die bis heute nichts an Symbolgehalt eingebüßt haben (Seveso, Bhopal, Tschernobyl etc.). In der Rückschau betrachtet, können der für die 1970er und 80er Jahre typischen Umweltdiskussion bestimmte strukturelle Merkmale und Orientierungen zugeordnet werden, die ihren späteren Popularitätsverlust, insbesondere deren Ablösung durch die Nachhaltigkeitsdebatte plausibel erscheinen lassen.

*Die Wirtschaft in der Täterrolle:* Ursachenanalysen basierten zumeist auf einer strikten Rollenzuweisung im Sinne von Tätern und Opfern. Tatsächlich konnten (und können)

viele Umweltschäden relativ problemlos in eine technisch-physikalische Beziehung zu bestimmten Produktions- und Leistungserstellungsprozessen gebracht werden. Aber die Gleichsetzung von Emittenten, Anlagebetreibern oder Produzenten mit Tätern oder gar 'Schuldigen' bedarf eines zweiten Schrittes, der erstens nicht ohne Werturteil auskommt und zweitens der Komplexität marktwirtschaftlicher und demokratischer Systeme kaum gerecht wird. Die Bedenkenlosigkeit oder – aus heutiger Sicht – Naivität, mit der dieser zweite Schritt von einem beträchtlichen Teil der aufgerüttelten Öffentlichkeit vollzogen wurde, beförderte zwangsläufig Polarisierungstendenzen in Politik und Gesellschaft. Außerdem bewegte sich das Täter-Opfer-Schema wohl oder übel im ideologischen Fahrwasser eines auf Klassengegensätzen beruhenden Politikverständnisses: Während Verbrauchern und Arbeitnehmern die Opferrolle zugeordnet war, fanden sich Unternehmen pauschal in der Täterrolle wieder. Verhärtete Fronten sowie ein umweltpolitisches Wechselspiel zwischen Vorstoß und Abwehrreaktion fanden ihre Entsprechung auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Das Resultat war eine Pattsituation, weil jeder in die Diskussion eingebrachte Lösungsvorschlag stets einem der einander unversöhnlich gegenüberstehenden Lager zugeordnet wurde und dementsprechend von der jeweils anderen Seite mit dem Verweis 'zu weitgehend' bzw. 'nicht weitgehend genug' blockiert wurde.

*Umweltschutz als reiner Kostenfaktor:* Die plötzliche Konfrontation mit ökologischen Risiken rief eine gesellschaftliche Resonanz hervor, die sich u. a. in anspruchsvollen Forderungen nach einer umweltverträglichen Wirtschaftsweise widerspiegelte. Aus der Perspektive einer hierauf gänzlich unvorbereiteten Wirtschaft hätte die kurzfristige Umsetzung derartiger Forderungen nichts anderes bedeuten können als drastische Restriktionen, eingeschränkte unternehmerische Handlungsspielräume, Reglementierungen und vor allem zusätzliche Kostenbelastungen, denen zunächst noch keine betrieblichen Erlöse gegenübergestanden hätten, denn die hierzu erforderlichen Marktstrukturen waren noch nicht oder erst ansatzweise vorhanden. Vorstellungen darüber, wie sich auf der Basis umweltbewussten Nachfrageverhaltens zukünftig Gewinnchancen und neue Märkte entwickeln lassen, waren noch nicht ausgereift.

*Ökologie kontra Soziales:* Maßnahmen des Umweltschutzes als lästige Pflichtübung oder reinen Kostenfaktor aufzufassen, beschwor nicht nur auf betriebswirtschaftlicher, sondern auch auf makroökonomischer Ebene Zielkonflikte herauf. Unter dem Paradigma, dass Wirtschaftswachstum als Instrument des sozialen Ausgleichs – genauer: als Ersatz für Umverteilung und als Arbeitsplatzbeschaffer – unverzichtbar sei, wurde der Konflikt zwischen Umweltschutz und Wirtschaftswachstum folgerichtig zu einem Konflikt zwischen ökologischen und sozialen Belangen hochstilisiert.

*Umweltbewusstsein aus unmittelbarer Betroffenheit:* Die meisten der für das kritische Bewusstsein der 70er und frühen 80er Jahre ausschlaggebenden Umweltprobleme waren durch eine direkte Wahrnehmbarkeit gekennzeichnet. Die Konsequenzen eines schweren Chemie- oder Atomunfalls ließen sich ohne große Phantasie auf das eigene Lebensumfeld projizieren: Minamata, Seveso oder Tschernobyl konnten schließlich überall sein. Die schleichende Verseuchung von Umweltmedien und Lebensmitteln ließ sich sogar anhand lokaler Beispiele und Symptome direkt erfahren: Smog, verseuchte Flüsse, Abfallberge, Waldsterben sowie die sichtbaren Verluste an biologischer Vielfalt und landschaftlicher Integrität etc.

*Kritik und Ablehnung machen noch keine Vision:* Die wichtigsten Träger der Umweltbewegung – von spontan demonstrierenden Bürgern über Basisgruppen, Verbände, Medien, Kulturschaffende, Wissenschaftler bis hin zur Partei der Grünen – bezogen ihre

Integrationskraft aus der Fähigkeit, ökologisch nicht hinnehmbare Zustände treffend zu kritisieren. Das resultierende Sammelbecken entwickelte sich zu einer gesellschaftlichen Rezeption, die kurzfristig angestauten Unmut, Zukunftsängste und Protest gegen bestehende Strukturen aufnehmen und kanalisieren konnte – doch in welche Richtung? Spätestens nachdem die ersten Schübe an allgemeiner Betroffenheit abgeklungen waren, musste sich herausstellen, dass eine auch noch so klare Artikulation dessen, was abzulehnen sei, kein Ersatz für die Beantwortung der Frage sein konnte, was denn zukünftig an die Stelle des Bisherigen treten sollte. Die Hoffnung, das konstruktive Vakuum würde sich dadurch füllen lassen, dass der breite Konsens hinsichtlich negativ empfundener Strukturen positiv gewendet, also direkt in ein nicht minder konsensuales Leitbild überführt werden könnte, erwies sich als trügerisch. Im Sammelbecken der Umweltbewegten fanden sich die unterschiedlichsten Altersgruppen, Lebensentwürfe und politischen Grundpositionen – von sozialistischen bis zu konservativen Orientierungen – wieder. Mit der Ablehnung ökologisch zerstörerischer Tendenzen war der Fundus an Gemeinsamkeiten bereits weitgehend erschöpft.

### **3. Der Brundtland-Report und das Übertragbarkeitskriterium**

Während der zweiten Hälfte der 80er Jahre sorgte die von der UNO eingesetzte Brundtland-Kommission für eine Akzentverschiebung. Den Ausgangspunkt bildete eine zwischenzeitlich gewandelte Wahrnehmung der Problemlage.

*Vom blauen Himmel über der Ruhr zur globalen Biosphäre:* Insbesondere der Treibhauseffekt und das Ozonloch öffnete den Blick für die globale Dimension zukünftiger Umweltprobleme. Aus der immensen räumlich-geographischen Divergenz zwischen Ursache und Wirkung ergibt sich eine neue umweltpolitische Herausforderung, die nur noch international, also auf multilateraler Ebene zu bewältigen ist.

*Vom punktuellen Aktionismus zum Vorsorgeprinzip:* Neben der zunehmenden Globalisierung ökologischer Effekte wurde die zeitliche Kluft zwischen Ursache und Wirkung zusehends als neue, nämlich Generationen übergreifende Herausforderung offenbar. An die Stelle des klassischen Umweltschadens, dessen räumliche und zeitliche Überschaubarkeit (oder zumindest Abschätzbarkeit) nicht nur unmittelbare Betroffenheit hervorrief, sondern auch ursachenadäquate Lösungen implizierte, trat ein neues Syndrom: das Umweltrisiko, eine latent im Hintergrund lauernde Gefahr, die zwar geahnt oder als mögliches Ereignis kognitiv erfasst, aber nicht sinnlich wahrgenommen werden kann (vgl. BECK 1986). Offensichtlich produziert die technische, ökologische und soziale Komplexität moderner Industriegesellschaften systematisch unangenehme Überraschungen, weil die inzwischen erreichte Geschwindigkeit des Wandels jeden Versuch einer langfristigen Folgenabschätzung, geschweige denn einer Steuerbarkeit, ad absurdum führt. Aufgrund der Wirkmächtigkeit und Eingriffstiefe anthropogener Aktivitäten werden vermeintliche ökologische Gewissheiten im Nachhinein schnell als verantwortungslose Beschwichtigung entlarvt. Aber damit wandeln sich auch die Anforderungen an eine adäquate Umweltpolitik von der punktuellen Krisenbewältigung zum nunmehr langfristigen Risikomanagement und zur Beachtung des Vorsorgeprinzips.

*Ökologische Vorsorge als gesellschaftliche Querschnittsaufgabe:* Der lange Abschied von einem Politik- und Gesellschaftsverständnis, das in erster Linie zuständige Institutionen in der Pflicht sieht, qua Rahmenbedingungen oder Interventionen tätig zu werden, nimmt inzwischen Konturen an. Die Abwesenheit eines gesellschaftlichen

Gesamtspekts, das im Namen einer übergeordneten Vernunft agieren und aus dem Ruder gelaufene gesellschaftliche Teilsysteme zur Raison bringen könnte, ruft die individuelle Verantwortung des Einzelnen auf den Plan. „Niemand ist nur Teil eines Systems oder einer Institution, sondern auch individuell Handelnder und damit Träger unterschiedlicher Rollen. Verantwortung für das, was man tut, löst sich in der modernen, durch vielfältige Rollen- und Systemzwänge charakterisierten Gesellschaft nicht auf, sie definiert sich lediglich neu und anders“ (UMWELTBUNDESAMT 1997, 21f.).

*Ein entwicklungspolitisches Dilemma:* Die Transformation von Entwicklungsländern in Schwellenländer (insbesondere China und Indien) sowie ein erwachendes außenpolitisches Selbstbewusstsein ehemaliger Armutsökonomien beleuchten einen lange verdrängten Sachverhalt. Das Konsum- und Wirtschaftsmodell der nördlichen Hemisphäre hatte bislang nur deshalb noch keine (bedrohlichere) ökologische Katastrophe verursacht, weil andere Kontinente hinreichend entfernt davon waren, ähnliche Pro-Kopf-Verbräuche an Energie und Ressourcen zu realisieren sowie Eingriffe in die Biosphäre zu tätigen. Diese Rechnung kann zukünftig schon deshalb nicht mehr aufgehen, weil das auf Wachstum beruhende Wohlstandsmodell des industrialisierten Nordens längst als Leitbild und entwicklungspolitische Rezeptur adoptiert worden ist. Andererseits besteht für die Regierungen des Nordens nicht die geringste politische Handhabe, geschweige denn moralische Rechtfertigung, ehemalige Armutsökonomien davon abzuhalten, ein Wohlstandsmodell zu kopieren, dessen weltweite Übertragung unbestritten zum Kollaps der irdischen Biosphäre führen muss.

*Vom Umweltschutz zur Sicherung von Bedürfnissen:* Die zusehends deutlicheren Zusammenhänge zwischen Ökologie, wirtschaftlicher Entwicklung und internationaler Ressourcenverteilung verlagern die Problemsicht auf eine höhere Betrachtungsebene als die der Ökologie. Als Zukunftsaufgabe tritt deshalb die Sicherung der Bedürfnisse sowohl heutiger als auch späterer Generationen in den Vordergrund. Dass diese abstraktere Zielsetzung ökologische Vorsorge impliziert enthält, ergibt sich mindestens auf zweierlei Weise. Zum einen sind es gerade ökologische Funktionen, die aufgrund zunehmender Knappheit zum limitierenden Faktor jeglicher Entwicklung zu werden drohen. Ein Mangel an natürlichen Ressourcen würde langfristig auch die Bedürfnisbefriedigung in allen anderen Bereichen vereiteln, weil Ökologie als limitationaler Produktionsfaktor in jede wirtschaftliche Aktivität eingeht. Zum anderen befriedigt eine intakte Umwelt auf direktem Weg essentielle menschliche Bedürfnisse.

Als ursachenadäquate Schlussfolgerung aus dieser erweiterten Problembeschreibung leitete die Brundtland-Kommission folgende Definition ab: Unter 'sustainable development' wird eine Entwicklung verstanden, „die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass zukünftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“ (HAUFF 1987, 46). Damit wird ein auf der Mikroebene hinlänglich praktiziertes Vorsorgeprinzip verallgemeinert, nämlich dass z. B. der Besitzer einer erneuerbaren Ressource nur den Zuwachs verbraucht oder der Besitzer einer Geldanlage nur von der Rendite des eingesetzten Kapitals lebt, somit also 'nicht über seine Verhältnisse lebt', sondern den Kapitalbestand dauerhaft erhält. Die Ausdehnung dieses Prinzips auf sämtliche irdischen Bestände an natürlichem Kapital und über den Betrachtungshorizont eines menschlichen Lebens hinaus führt zu einem weitaus restriktiveren Vorsorgebegriff. Dieser impliziert Verhaltensregeln, die sich nicht mehr allein aus dem Eigeninteresse eines Kapital- oder Ressourcenbesitzers ableiten lassen, weil die Gesamtheit der zu erhaltenden Ressourcenbestände und ökologischen Funktionen nicht privatisiert werden

kann und außerdem für zukünftige Generationen dieselben Potenziale an Bedürfnisbefriedigung verbleiben sollen. Als elementares Nachhaltigkeitskriterium folgt hieraus die dauerhafte Übertragbarkeit aller menschlichen Aktivitäten, die im Rahmen der Befriedigung gegenwärtiger Bedürfnisse entfaltet werden. Aber aufgrund welcher Motivation sollten sich die Bewohner der nördlichen, also begüterten Hemisphäre eines Kriteriums annehmen, das eine Umverteilung zu ihren eigenen Ungunsten zur Konsequenz hätte?

*Zeitliche Dimension:* Mit zunehmender Schädigung der Biosphäre und Verknappung irdischer Ressourcen steigt die Wahrscheinlichkeit, dass eine Missachtung des Übertragbarkeitskriteriums nicht erst nachfolgende, sondern bereits die derzeit lebenden Generationen schädigen wird. Verstärkt wird diese Tendenz durch strukturverändernde Entwicklungen der Informations- und Kommunikationstechnologie, insbesondere durch die damit forcierte Globalisierung. Mit der immensen Beschleunigung von Leistungserstellungs- und Konsumaktivitäten verringert sich auch die zeitliche Differenz zwischen wirtschaftlichen Handlungen und externen Folgen. Die Wirkungsmacht einer entfesselten Marktwirtschaft entfaltet sich immer schneller und spürbarer – nicht erst für spätere Generationen.

*Räumliche Dimension:* Für die Entwicklungsländer besteht zwecks wirksamer Armutsbekämpfung ein Nachholbedarf an materiellem Wirtschaftswachstum. Die bisherige 'Arbeitsteilung', wonach der industrialisierte Norden ca. 80 % der knappen Ressourcen und ökologischen Assimilationskapazitäten für sich beansprucht, während die südlichen Armutsökonomien durch unfreiwilligen Wohlstandsverzicht die Biosphäre entlasten, lässt sich nicht mehr durchsetzen. Die Folgen eines weiteren Festhaltens an dieser Konstellation haben die Realität der nördlichen Industrieländer längst eingeholt, nämlich durch globalisierte Umweltschäden, kaum aufzuhaltende Migrationsströme und internationalen Terrorismus.

Somit lässt sich das zweidimensionale Kriterium der Übertragbarkeit, wengleich es als Forderung nach intergenerativer und globaler (intragenerativer) Gerechtigkeit interpretierbar ist, auch als konsequent weitergedachter Selbsterhaltungstrieb deuten. Grundlegend ist dafür die Aufgabe der lang gehegten Illusion, dass die derzeit lebenden Generationen den negativen Rückkoppelungen ihres Handelns – sowohl räumlich als auch zeitlich – weiterhin entgehen können. Was vormalig nur als Appell an einen abstrakten Gerechtigkeitssinn verstanden werden konnte, richtet sich nunmehr an ein aufgeklärtes Eigeninteresse, weil Planungen und Kalküle auf der Grundlage eines zeitlich und räumlich zu kurz gedachten Betrachtungshorizonts nicht mehr aufgehen. Das Nachhaltigkeitskonzept ist nicht wertfrei, hat sich aber als anschlussfähig an einen international weitestgehend akzeptierten Wertekanon erwiesen. Trotz aller religiösen und kulturellen Differenzen erweist sich der Bezug auf einen (kollektiven) Überlebenswillen als universeller Grundkonsens, der auch von Staaten der südlichen Halbkugel akzeptiert zu werden scheint.

Es gilt unter Nachhaltigkeitsforschern inzwischen als unumstritten, dass die Lebens- und Wirtschaftsweise der nördlichen Hemisphäre dem Kriterium der räumlichen und zeitlichen Verallgemeinerbarkeit in keiner Weise genügt. Die viel zu umfangreiche, an das hohe wirtschaftliche Wachstum gekoppelte Durchlaufmenge an Ressourcen und Energie sowie die mangelnde Einbettung anthropogener Aktivitäten und Strukturen in ökologische Systeme werden als wichtigste Indizien genannt. Eine konsequente Anwendung des Kriteriums der räumlichen und zeitlichen Verallgemeinerbarkeit auf den industrialisierten Norden würde somit zu folgendem Nachhaltigkeitsziel führen:

- ✧ Senkung der Durchlaufmenge an Material und Energie auf ein dauerhaft übertragbares Niveau,
- ✧ Ausrichtung anthropogener Aktivitäten an ökologischen Erfordernissen, insbesondere am dauerhaften Erhalt des Naturkapitals.<sup>1</sup>

Auf welchem Weg lässt sich dieses Ziel erreichen?

#### 4. Der 'technische' Weg: Anpassung der Mittel

Der *technische Weg* setzt an der qualitativen Ausprägung wirtschaftlicher Prozesse und Resultate an. Er stellt das vorherrschende Wachstumsparadigma nicht in Frage, sondern will dessen Negativeffekte über technische, prozessuale oder systemische Vorkehrungen abmildern, im besten Fall sogar vollkommen neutralisieren. Alleiniger Aktionsparameter ist hier die Optimierung – nicht das Ausmaß – der Bedarfsbefriedigung, und zwar im Sinne einer hohen ökologischen Verträglichkeit. Gefragt wird nicht nach dem 'Wieviel' oder 'Warum', sondern nur nach dem 'Wie'. Nach dieser Lesart existiert kein Problem im Spannungsfeld zwischen maßlosen Ansprüchen und begrenzten Möglichkeiten, sondern bestenfalls eines der mangelnden technischen und organisatorischen Anpassung. Ausgehend von einem bestimmten, nicht hinterfragten Konsumniveau ergibt sich damit die Forderung, dieses auf möglichst ressourcensparende und ökologieverträgliche Weise zu befriedigen. Ansatzpunkte sind hier vornehmlich die Nachhaltigkeitsprinzipien der *Konsistenz*, *Effizienz*, *Risikominderung* und *Vermeidung*.

Der technische Weg ist reich an Versuchen, Widersprüche zwischen der vorherrschenden Expansionslogik und einem hinreichenden Schutz der ökologischen Lebensgrundlagen schlicht in Abrede zu stellen oder wenigstens als grundsätzlich lösbar erscheinen zu lassen. So werden reihenweise theoretische Konzepte und Best Practices in Stellung gebracht, um zu belegen, dass ein auf Wachstum beruhendes Wirtschafts- und Konsummodell durchaus zukunftsfähig sein könnte. Austragungsort derartiger Argumentationslinien ist zum einen die Sphäre der Technik: 'Ökoeffiziente' (SCHMIDHEINY 1993, 37), 'ökointelligente' (SCHMIDT-BLEEK 2000, 116) oder 'ökoeffektive' (BRAUNGART u. MCDONOUGH 1999) Produkte und Verfahren sollen drei Fliegen mit einer Klappe schlagen, nämlich der Wirtschaft beständige Expansionschancen sichern, einen hohen Konsumnutzen gewährleisten und obendrein die Umwelt entlasten. Wo die Technik es allein nicht vermag, gemäß dieser 'Tripple-Bottom-Line'-Logik möglichst viele heterogene Ziele in Einklang zu bringen, werden zusätzlich veränderte Nutzungssysteme oder Managementmethoden ins Feld geführt, um mit organisatorischen Mitteln eine weitestgehend nachhaltige Befriedigung jeglicher Konsumansprüche zu erreichen.

Dass die Restgröße an ökologischem Kapital trotz nicht zu leugnender umwelttechnischer Fortschritte dahinschmilzt, kann nach dieser Lesart lediglich als Mangel an hinreichend durchgreifenden Nachhaltigkeitsinnovationen gedeutet werden. Demnach wäre es nur eine Frage der Zeit, dass neue technische oder organisatorische Lösungen die Kluft zwischen dem unbegrenzten Ausleben aller Selbstverwirklichungsansprüche und der Begrenztheit ökologischer Ressourcen schließen. Im Folgenden soll kurz auf die vier Nachhaltigkeitsprinzipien des technischen Weges eingegangen werden.<sup>2</sup>

*Effizienz*: Ökologische Effizienz zielt auf eine Minimierung des Material- und Energieeinsatzes, der zur Produktion einer Wertschöpfungseinheit oder zur Bereitstellung der nachgefragten Konsumfunktionen benötigt wird. Ökologische Schäden, so die Grundannahme, lassen sich auf den quantitativen Umfang jener Materialien zurückführen, die dem Planeten entnommen und zwecks Konsum oder Produktion an einen

anderen Ort bewegt werden. Folglich konzentriert sich das Effizienzprinzip auf Maßnahmen zur Steigerung der Ressourcenproduktivität.

*Konsistenz:* Die ökologisch konsistente Anpassung von Produktion und Konsum beruht auf der Idee geschlossener Stoffkreisläufe. Vorbild ist dabei die Wirtschaftsweise der Biosphäre. In bewusster Abgrenzung zur Ökoeffizienz weisen Verfechter dieses Ansatzes darauf hin, dass ökologische Prozesse mit Energie und Material buchstäblich verschwenderisch umgehen. Pflanzen und Tiere produzieren große Mengen an Biomasse, sind also nicht ökoeffizient. Dennoch verursachen sie keine Umweltschäden, weil sie Teil eines natürlichen Stoffwechselsystems sind, in dem jeder vermeintliche 'Abfall' als Nährstoff oder Dünger für andere Prozesse wiederverwendet wird. Analog dazu können anthropogene Produktions- und Konsumprozesse konsistent sein, wenn die dabei auftretenden stofflichen Resultate entweder vollkommen biologisch assimilierbar sind oder als 'technische Nährstoffe' kontinuierlich in Produktions- oder Nutzungskreisläufen gehalten werden. Gemäß dem Motto 'Abfall als Nahrung' geht es hier also nicht darum, das Wirtschaftswachstum durch Dematerialisierung von Stoffströmen abzukoppeln, sondern die Letzteren durch eine ökologische Einbettung zu neutralisieren.

*Vermeidung:* Ein wirksames Nachhaltigkeitskonzept kommt nicht gänzlich ohne Negativdefinitionen aus. Viele Produkte, Aktivitäten und Strukturen können dem Kriterium der dauerhaften Übertragbarkeit auf derart systemimmanente Weise widersprechen, dass anstelle einer graduellen Schadensbegrenzung durch höhere Effizienz oder ökologische Konsistenz nur die grundsätzliche – gegebenenfalls auch ersatzlose – Vermeidung sinnvoll erscheint. Von Weizsäcker (1992, 221) erläutert am Beispiel der Aluminiumproduktion, dass diese Strategie gleichberechtigt neben anderen Handlungsalternativen (Substitution, Rezyklierung, räumliche Verlagerung unter dem Aspekt der Umweltverträglichkeit) steht.

In der Öffentlichkeit kritisch diskutierte Fälle, die an diesem Prinzip orientiert sind, erstrecken sich etwa auf Atomenergie, Gentechnik, Müllverbrennung, Inlandflüge, Kiwis aus Neuseeland etc. In bestimmten Fällen kann die technische oder strukturelle Pfadabhängigkeit bereits eingeführter Güter, Nutzungsroutinen und Institutionen zur Konsequenz haben, so dass Fehlentwicklungen ex post nicht durch Anpassungen korrigierbar sind, sondern als einzige Lösung die Ausstiegsoption verbleibt.

*Risikominderung:* Die Innovationsdynamik moderner Marktwirtschaften bedingt eine tendenzielle Steigerung und Kumulation ökologischer Risiken, denn innovativ zu sein bedeutet immer auch, sich auf (zumeist technische) Wagnisse einzulassen. Nie zuvor in der Geschichte bestand eine so extreme Kluft zwischen der Reichweite menschlicher Handlungen in Zeit und Raum auf der einen und dem Wissen über die möglichen Folgen des Handelns auf der anderen Seite. Das Missverhältnis zwischen der Generierung immer neuer (Verbund-)Stoffe, Produkte und Verfahrensweisen einerseits und der Ungewissheit über ihre direkten (z. B. humanökologischen oder ökotoxikologischen) sowie indirekten Wirkungen (z. B. soziale und ökologische Systemeingriffe) nimmt beständig zu. Die aus der technischen Wirkmächtigkeit bzw. Eingriffstiefe resultierende „Wissens- und Verantwortbarkeitslücke“ (VON GLEICH 1997, 32) kann durch Technikfolgenforschung und Risikoanalysen nicht geschlossen werden, sondern wächst kontinuierlich. Wenn aber die Reichweite des Wissens nicht an die Reichweite der Handlungen herangeführt werden kann, verbleibt als einzige Lösung nur der umgekehrte Weg: nämlich der Rückgriff auf Technologien mit kürzeren relevanten raum-zeitlichen Wirkungsketten.

Daraus lassen sich Konsequenzen ziehen, die zwar ebenfalls als Vermeidungsstrategie interpretierbar sind, sich aber vom zuvor erläuterten Nachhaltigkeitsprinzip der Risikominderung dadurch unterscheiden, dass sie *ex ante*, also vor der Einführung eines Produktes oder einer Technologie wirksam werden:

- ✧ Nachhaltige Entwicklung ist nicht nur ein Prozess der intelligenten Veränderung auf technischer und organisatorischer Ebene, sondern scheint darüber hinaus eine Rückbesinnung auf die 'Fähigkeit des Neinsagens' einschließen zu müssen. Andernfalls geriete alles, was technisch möglich ist, zu einer quasi einklagbaren Option. Dieser Sachverhalt verweist auf ethische Fragestellungen und wird dort brisant, wo ein vorsorglicher Verzicht auf eingriffstiefe Technologien eben auch einen Verzicht auf mögliche Effizienzsprünge, wie sie etwa der Gentechnik zugetraut werden, bedeuten kann. Hier würde die Vermeidung von Risiken mit der Aufgabe von Chancen erkaufte, die – obwohl noch gar nicht abschätzbar – bereits gegenwärtig zu medizinischen Heilsversprechen oder einem landwirtschaftlichen Produktivitätswunder hochstilisiert werden.
- ✧ Anhand verschiedener Beispiele lässt sich verdeutlichen, dass nachhaltiges Wirtschaften nicht zwangsläufig eine Frage der Innovationsfähigkeit, also des Eingehens neuer Risiken, sondern der Reaktivierung längst vorhandener, aber in Vergessenheit geratener oder verdrängter Optionen ist (z. B. ökologischer Landbau, Naturmaterialien im Bau- und Wohnbereich etc.).
- ✧ Richtschnur für eine 'sanftere' Technologieentwicklung kann die Vermeidung kritischer Neuschöpfungen sein, insbesondere von chemisch-synthetischen, gentechnischen oder strahlungsintensiven Stoffen und Verfahren, die die Biosphäre bisher nicht 'kannte'. Im Gegensatz dazu haben naturnahe Materialien und Verfahren aufgrund ihrer koevolutionären Entstehungsgeschichte bereits die denkbar beste Umweltverträglichkeitsprüfung absolviert (vgl. VON GLEICH 1997, 39).
- ✧ Für ökologische Richtungssicherheit ist das Kriterium der Reversibilität von nachhaltigkeitsrelevanten Entwicklungsschritten von Belang. Zu vermeiden wären demnach irreversible Entscheidungen und Prozesse, die mit späteren Korrekturen oder Umsteuerungen unvereinbar sind.

Das Prinzip der Risikominderung gewinnt gerade deshalb an Bedeutung, weil viele Nachhaltigkeitsdefizite nichts anderes als eine verspätete Konsequenz zuvor eingegangener Modernisierungsrisiken darstellen.

### **5. Der 'kulturelle' Weg: Anpassung der Ziele**

Unter der Bezeichnung *kultureller Weg* werden im Folgenden Konzepte subsumiert, die an der quantitativen Dimension ökonomischer Entwicklungen ansetzen. Im Vordergrund steht dabei die Frage nach dem Ausmaß ökonomischer Aktivitäten. Der kulturelle Weg ist untrennbar mit einer Wachstumskritik verbunden. Nachhaltigkeitsmaßnahmen zielen demnach auf eine Eindämmung oder Abmilderung aller Faktoren, die systematisch Wachstumserfordernisse generieren. Dazu zählt auch, die quantitative Ausprägung vorhandener Bedarfe und Nachfragemuster zu hinterfragen. Einen anderen Ansatzpunkt bildet der Umstand, dass sich die Bedürfnisse einzelner Individuen oder ganzer Kollektive wachstumsneutral befriedigen lassen, wenn an die Stelle der Produktion neuer Werte schlicht eine andere Verteilung der bereits vorhandenen Werte tritt. Die beiden mit dem kulturellen Weg korrespondierenden Prinzipien, nämlich *Suffizienz* und *Verteilung* sollen nun etwas ausführlicher dargestellt werden. Warum? Erstens deshalb, weil der technische Weg die Nachhaltigkeitsdiskussion dominiert, obwohl sich inzwischen

seine Unzulänglichkeit herauskristallisiert (vgl. PAECH 2005a, 2005b). Zweitens scheint es nicht nur aus ökologischer Perspektive an der Zeit zu sein, sich mit dem Übergang zu einer entschleunigten und maßvollen Ökonomie zu befassen.

### 5.1. Suffizienz

Die zunehmende Bedeutung des Konsum- und Nachfrageverhaltens als Einflussfaktor für zu hohe Verbräuche an Energie, Ressourcen und ökologischen Assimilationskapazitäten wird mittlerweile nicht mehr bestritten. Das Umweltbundesamt (1997, 221) gelangt zu der Erkenntnis, dass mindestens 30 bis 40 % aller Umweltprobleme auf die herrschenden Muster des Konsumverhaltens zurückzuführen sind. Indirekt, so ließe sich argumentieren, können prinzipiell alle Nachhaltigkeitsdefizite auf die Konsumnachfrage zurückgeführt werden, denn keine Produktion erfolgt um ihrer selbst willen, sondern um Bedarfe zu befriedigen, die über den Marktmechanismus oder über politische Entscheidungsprozesse artikuliert werden. Ein geradezu alarmierender Befund ergibt sich aus der von Myers und Kent vorgelegten Untersuchung 'New Consumers', nämlich dass inzwischen „mehr als eine Milliarde Menschen die Finanzkraft besitzen, einem konsumistischen Lebensstil zu frönen“ (MYERS u. KENT 2005, 3). Nie zuvor in der Geschichte der Menschheit sei in einer derart kurzen Zeitspanne ein solcher Zuwachs an materiellem Wohlstand zu verzeichnen gewesen.

Angesichts derartiger Szenarien erfreut sich die Thematisierung zukunftsfähiger Lebensstile und Konsummuster innerhalb des Nachhaltigkeitsdiskurses (wieder) zunehmender Beachtung. So beliebig allerdings, wie der Begriff des nachhaltigen Konsums momentan verwendet wird, deckt er ein breites und somit klärungsbedürftiges Handlungsspektrum ab. Dieses erstreckt sich vom *Was* über das *Wie* bis hin zum *Wieviel* des Konsumierens. Die erstgenannte Facette appelliert lediglich an die Auswahl einer im Vergleich zum bisher nachgefragten Konsumobjekt möglichst nachhaltige(re)n Alternative. Im zweiten Fall werden Konsumroutinen fokussiert, etwa der Übergang vom Produkteigentum zur Nutzung von Dienstleistungen. Erst die dritte Variante stellt das absolute Konsumniveau zur Disposition und wird oft als Suffizienz bezeichnet.

Nachhaltige Konsumlösungen innerhalb der ersten und (teilweise) der zweiten Variante bleiben so lange Bestandteil des technischen Weges, wie sie allein der nachfrageseitigen Akzeptanz effizienter und konsistenter Produkt- oder Techniklösungen dienen. Nicht das Ausmaß, also die Ziele, sondern lediglich die Mittel zu deren möglichst ökologieschonender Erfüllung werden zum Gegenstand des Wandels. „Das Problem jedoch ist, dass der Verzicht nicht von den Menschen, sondern den Dingen erwartet wird. [...] Daraus wird dann die Behauptung abgeleitet, dass *weniger mehr* sei. Sparsam soll der Motor, die Waschmaschine, die Glühbirne, der Ölbrenner sein“ (GRONE-MEYER 1998, 71; Hervorhebung im Original).

Mit einem Akzent auf maßvolle Konsummuster setzt das Suffizienzprinzip demgegenüber an den Wachstumsursachen an. Durning (1992) verbindet den Suffizienzbegriff mit einer Blickwende vom 'Besser' zum 'Weniger'. Suffizienz fordert nicht, „auf das Notwendige zu verzichten, sondern mit dem Ausreichenden zufrieden zu sein“ (SCHERHORN 2002, 16). Im Unterschied zu anderen Nachhaltigkeitsprinzipien liegt die Herausforderung der Suffizienz weniger darin, neue Lösungswege zu entwickeln. Schließlich ist Genügsamkeit oder eine maßvolle Inanspruchnahme von Konsumoptionen kein Novum, das seiner Entdeckung harrt, sondern ein bis zum Ende der Nachkriegszeit kultivierter Modus, dessen Überwindung zum Credo moderner Konsum-

gesellschaften geworden ist. Die Hürde besteht vielmehr in einer Vermittlung des Suffizienzgedankens jenseits moralischer Imperative. Bestrebungen, das 'Weniger' in wirkungsvolle Motivallianzen zu integrieren, so dass es einen Nutzensgewinn verspricht oder Teil eines symbolisch attraktiven Lebensstils wird, dominieren daher die Diskussion.

Nicht zufällig bedient sich die Suffizienzrhetorik solcher Begrifflichkeiten und Assoziationen, die vor allem Wohlbefinden, ästhetische Eleganz oder Aspekte eines Überlegenheitsgefühls transportieren. Die Rede ist von „Graceful Simplicity“ (SEGAL 1999), „Zeitwohlstand“ (SCHERHORN 2002, 19), „kluger Lust“ (REHEIS 1998, 207), „Gut leben statt viel haben“ (BUND u. MISEREOR 1996, 206), „Befreiung von allem Überflüssigen“ (GRONEMEYER 1998, 15), „Downshifting“ (DE GRAAF ET AL. 2001, 296) etc. „Die Pointe der Suffizienz liegt also darin, nicht dem Übermaß und der Überforderung zum Opfer zu fallen, sondern nur so viel an Leistungen in Anspruch zu nehmen, wie für das Wohlergehen der Einzelnen und des Ganzen zuträglich ist“ (WUPPERTAL INSTITUT 2005, 167). Durch eine gezielte Auswahl an Konsumoptionen können Nutzenzuwächse erzielt werden, weil damit eine Konzentration auf das Wesentliche möglich wird. „Bewusst ein Desinteresse für zu viel Konsum zu pflegen, ist eine recht zukunftsfähige Haltung, für einen selbst und zufällig auch für die Welt“ (SACHS 2002, 215).

Wer souverän überflüssigen und zeitraubenden Konsumoptionen entsagt, kann sich zudem vor einem Phänomen schützen, das Ehrenberg (2004, 275) als „Last des Möglichen“ bezeichnet und dessen Folgen vom Stress bis zur Depression reichen. Neuerdings greift ein weiterer Suffizienzbeweggrund Platz, der sich nicht aus ökologischen oder psychologischen, sondern aus sozialpolitischen und ökonomischen Grenzen speist. Gefragt wird nach einer „Haltung, die die neuen Knappheitszumutungen als Chance zur Befreiung begreift“ (GRONEMEYER 1998, 24). Die kaum mehr für abwendbar gehaltene „Wende zum Weniger“ (ULRICH 1997) wäre demnach der geeignete Anlass zu einer auch aus anderen Gründen längst überfälligen 'Entrümpelung', die nach Gronemeyers (1998, 24) Auffassung über den Konsumgüterbereich hinausreicht: „Braucht man die Krücken und Wattierungen des Versorgungsstaates und seiner Einrichtungen? Was ist wirklich notwendig von den verlockenden Gaben des Gesundheitsapparates, der Bildungsmafia und der wahnhaft verbesserten Infrastruktur?“

Auch von Schönburg (2005) versucht die Gunst der Stunde für ein „Manifest gegen den Konsumwahn“ zu nutzen. Als „Kunst des stilvollen Verarmens“ wird ein bescheidener, aber souveräner Weg beschrieben, der zu hoher Lebensqualität führen und sich würdevoll mit zukünftigen Einkommenseinbußen arrangieren soll. Der wahre Luxus bedeute nicht, Dinge zu haben, sondern auf sie verzichten zu können. Mäßigung und gezieltes Weglassen seien Grundvoraussetzungen für eine „Optimierung des Genusses“ und der Eleganz. „Erstmals ist es nicht eine Frage von Tugend oder Moral, ob man sich vom Konsumismus abwendet, auch Umweltschutz-Argumente taugen nicht wirklich dafür, die Menschen zu sehr viel mehr als Mülltrennung zu bewegen. Wir können gar nicht umhin, uns einzuschränken. Und da wir erkannt haben, dass unser heiliges Wohlbefinden leiden würde, wenn wir so weitermachen würden wie bisher, hat unsere Abkehr vom Überfluss etwas Befreiendes“ (ebd., 180).

## 5.2. Umverteilung

Dass Umverteilung als ein veritables Nachhaltigkeitsprinzip gelten kann, folgt schon aus einer simplen Betrachtung: Keine Produktion kann ökologisch nachhaltiger sein als die, derer es gar nicht bedarf, weil der Fundus des bereits Geschaffenen möglichst vielen zugute kommt. Dies setzt im Falle privater Güter die Existenz einer hinreichenden

Verteilungsmasse voraus, an der es jedoch nicht nur im industrialisierten Norden kaum mangeln dürfte. Sen (1981) hat in einer viel beachteten Studie dargelegt, dass etliche der schweren Hungersnöte in Asien und Afrika während des vergangenen Jahrhunderts weniger auf einen Rückgang der Nahrungsmittelproduktion in den jeweiligen Regionen zurückzuführen waren, als vielmehr darauf, dass die Opfer infolge eines temporären Kaufkraftverlustes keine Anspruchsrechte auf vorhandene Nahrungsmittel geltend machen konnten oder keinen Zugang zu den für eine effektive Selbstversorgung notwendigen Ressourcen hatten. Warum wird der Zusammenhang zwischen Wachstum und Verteilung innerhalb des Nachhaltigkeitsdiskurses kaum beachtet? Verteilungsfragen werden oft mit egalitären Weltbildern assoziiert, die sich per se gegen jegliche Einkommensunterschiede wenden oder im Fahrwasser linker Politikrezepte verortet werden. Aber eine *Nivellierung der Einkommens- und Vermögensverteilung zwecks Milderung von Wachstumszwängen* umfasst viele Ansatzpunkte, die jenseits politischer Vereinnahmungen Geltung beanspruchen können.

### 5.2.1. Soziale Stabilität durch ökonomische Autarkie anstatt durch Wachstum

Um ein bestimmtes Niveau an Güter- und Einkommensversorgung vor den Umverteilungswirkungen einer unkontrollierbaren Marktdynamik, insbesondere vor Preis-, Lohn- und Wechselkursschwankungen zu schützen, könnte die punktuelle Reaktivierung autarker Versorgungsstrukturen an Bedeutung gewinnen. Die diskutierten Konzeptionen unterscheiden sich durch ihren Grad an Abkopplung von marktwirtschaftlichen, geldbasierten und überregionalen Tauschsystemen.

Eine *Subsistenzorientierung* (vgl. BENNHOLDT-THOMSEN ET AL. 1999) reicht in ihrer extremsten Ausprägung bis zur Vermeidung jeglicher Warentransaktionen und kann damit zumindest eine partielle Unabhängigkeit von Tauschverhältnissen – ganz gleich ob monetär oder in Gütermengen gemessen – erwirken: Wer z. B. genügend Kartoffeln für den Eigenverbrauch anbaut, ist innerhalb dieses Bedarfsfeldes weder vom aktuellen Marktwert der Kartoffeln abhängig, noch vom Marktwert jener Güter, die dafür im Rahmen eines Tausches zu entrichten wären, inklusive der Verrichtung von Lohnarbeit. Die Mindesthöhe des zur Existenzsicherung erforderlichen monetären Einkommens sinkt damit.

Demgegenüber schließen Ansätze der *Entkommerzialisierung* (SACHS 1993, 98f.) wie ehrenamtliches Engagement, Gemeindkultur, solidarisches Handeln, Nachbarschaftshilfe, Freundschaftsdienste etc. durchaus Interaktionen ein, die mitunter nicht weit vom Tausch entfernt sind. Dies gilt selbst für den von Lietaer (2002) als „Geschenkwirtschaft“ bezeichneten Typus. Demnach kann der Austausch von Geschenken aus anthropologischer Sicht als früheste Form der sozialen Absicherung aufgefasst werden, weil daraus ein gemeinschaftsförderndes Beziehungsgeflecht entsteht. Im Gegensatz zur kommerziellen Transaktion (auf Geldbasis), die ein geschlossenes System darstellt, konstituiert der Akt des Schenkens ein offenes System. Das Schenken hinterlässt ein „Ungleichgewicht, das in der Zukunft ausgeglichen werden kann. Beim Schenken entsteht etwas, was durch den Austausch von Geld nicht zustande kommt“, nämlich „Gemeinschaften“ (ebd., 302). Folglich gilt im Umkehrschluss: „Gemeinschaften zerfallen, wenn einseitige Geldgeschäfte den Gabentausch ersetzen“ (ebd., 303). Inzwischen bilden sich allerdings auch zunehmend Konzepte des Schenkens heraus, die nicht auf einer Reziprozität des Gebens und Nehmens beruhen.

*Tauschringe* ermöglichen einen Waren- und Dienstleistungstransfer, der zwar die offizielle Währung vermeidet, dafür aber ein alternatives Verrechnungssystem nutzt (vgl.

z. B. SCHMIDT ET AL. 2001). Hier kommt es zu einem Austausch von Leistungen, die zwar zeitverzögert, aber nach Maßgabe eines definierten Austauschverhältnisses abgegolten werden. Durch die genaue Erfassung von Angebot und Nachfrage wird ein Markt institutionalisiert, wenngleich dieser räumlich oder auf Basis anderer Kriterien (Mitgliedschaft) begrenzt ist. Diese Art des Naturaltauschs erhält nicht nur eine vor den Verteilungseffekten der Geldwirtschaft schützende Distanz aufrecht, sondern befähigt die daran Teilhabenden auch, Leistungen auszutauschen, die auf den kommerziellen Güter- und Arbeitsmärkten nicht gehandelt werden. Insbesondere Personen mit geringem monetärem Einkommen können auf diese Weise ein Versorgungsniveau oberhalb der Kaufkraft ihres verfügbaren Geldeinkommens erreichen.

*Komplementärwährungen*, die als Ergänzung zur herrschenden Landeswährung eingeführt werden, können zur ökonomischen Stabilisierung von Regionen beitragen (vgl. z. B. LIETAER 2002). Indem sich ihr Geltungsbereich auf Leistungen und Produkte regionaler Herkunft beschränkt, wird Kaufkraft an die vor Ort ansässigen Produzenten und Dienstleister gebunden. Damit lassen sich vorhandene Ressourcen zu regionalen Wertschöpfungsketten rekombinieren. Neben einer Steigerung der ökonomischen und zugleich sozialen Autarkie gegenüber globalen Verflechtungen wird tendenziell auch eine Schließung regionaler Stoffströme erreicht. Dabei erfolgt die Belebung regionaler Wertschöpfungsprozesse durch eine partielle Verlagerung der Nachfrage auf örtliche Angebote. Ein Kernelement fast sämtlicher 'Regio'-Konzepte besteht in einer Umlaufsicherung. Diese knüpft direkt an die bereits von Gesell (1916) formulierte Zinskritik an und manifestiert sich in einem Negativzins, der jedoch nur dann fällig wird, wenn die Komplementärwährung über einen bestimmten Zeitraum nicht den Besitzer gewechselt hat, also 'gehörtet' wurde, oder in die offizielle Landeswährung zurückgetauscht wird.

Viele *regionalökonomische Ansätze*, die auf einen hohen Selbstversorgungsgrad zielen, sind weder vom herrschenden Allokationssystem noch von der offiziellen Währung abgekoppelt. Favorisiert werden oft planerische, logistische und kommunikative Instrumente zur Unterstützung der Direkt- bzw. Regionalvermarktung: Nachbarschaftsläden, Bauernmärkte, Regionalmessen, regionale Branchenverzeichnisse, Labels/Marken zur Imageförderung regionaler Produkte etc. Weiterhin werden strukturpolitische Instrumente zwecks Bindung, Ansiedlung und Gründung von Unternehmen, die zur ökonomischen und damit gleichsam sozialen Stabilisierung der Region beitragen können, diskutiert. Auch der 'Regional Governance'-Diskurs thematisiert die Bündelung und Vernetzung regionaler Potenziale, bezieht jedoch Akteurskonstellationen ein, die über den Bereich der Wirtschaft hinausreichen (vgl. BENZ 2001). Bereits Kohr (1962/1983, 119) hatte in seiner Kritik an den „überentwickelten Nationen“ politische und wirtschaftliche Dezentralisierung, insbesondere eine „Stärkung der lokalen Selbständigkeit“ als wesentliches Element zur Überwindung sozialer Krisen propagiert.

### 5.2.2. Wachstumsneutrale Schaffung von Erwerbsarbeit durch Umverteilung

An der Entschärfung des Konflikts zwischen ökologischer und sozialer Stabilität – hier verstanden als Versorgung mit hinreichender Erwerbsarbeit – scheiden sich einmal mehr der technische und der kulturelle Weg. Erstgenannter betrachtet Investitionen in die (technologische) Dematerialisierung oder Ökologisierung weiterer Wertzuwächse zusätzlich als Arbeitsbeschaffungsprogramm. Nach dieser Logik, die dem Konzept des qualitativen Wachstums entlehnt ist, verlangt die ökologische Entlastung keine Reduktion, sondern eine Expansion ökonomischer Aktivitäten, so dass im Saldo ein Zuwachs an Arbeitsnachfrage zu erwarten ist. Die bislang prägende Vision einer Erwerbsgesell-

schaft, die jeder erwachsenen Person einen Vollzeit Arbeitsplatz ermöglichen soll, bliebe demnach nicht nur richtungweisend, sondern wäre weiterhin an ausreichendes – wenn gleich qualitatives – Wachstum gebunden.

Aus der Perspektive des kulturellen Weges ergibt sich eine andere Herausforderung, nämlich die wachstumsneutrale Schaffung von Erwerbsoptionen. Daraus lassen sich verschiedene Konsequenzen ziehen, insbesondere

- ✧ die Abkoppelung sozialer Sicherheit von wirtschaftlichem Wachstum,
- ✧ die Umverteilung vorhandener (anstelle der Schaffung neuer) Erwerbsarbeit und
- ✧ neue Kombinationen zwischen Erwerbsarbeit und anderen Nutzen stiftenden Betätigungsformen.

Auf den zukünftigen Stellenwert sog. 'nicht monetisierter' sowie 'nicht monetarisierter' Verrichtungen haben u.a. Giarini u. Liedtke (1998) hingewiesen. Gorz (1998, 53) betont individuelle Autonomiegewinne, die sich infolge einer Arbeitszeitverkürzung erzielen lassen. Diese können der persönlichen Entwicklung (Weiterbildung, Konzentration auf die Familie, Rückgewinnung handwerklicher Fertigkeiten, kreativ-künstlerische Tätigkeiten, Reisen oder einfach Muße und Entstressung) dienen. „Nachhaltiges Arbeiten“ (LUCAS u. VON WINTERFELD 1998, 33) ließe sich demnach „als Gemeinnsinn stiftendes und nützliches Tätigsein, welches sich im Kreislauf der Natur verwirklicht“, auffassen. Anknüpfend an den bereits angesprochenen Autarkiegedanken ergibt sich die Option, einen Teil des bisherigen Konsums durch Eigenversorgung zu substituieren. Ganz in diesem Sinne versteht Illich (1982, 52) unter 'Eigenarbeit' den „Ersatz von Ware durch eigene Tätigkeiten“. Damit kann sich die strikte Trennung zwischen Konsumieren und Produzieren, von der jedes an der industriellen Arbeitsteilung partizipierende Individuum betroffen ist, teilweise zugunsten nachhaltiger Lebensstile auflösen. „Beim Selbermachen wird die Dynamik des Schneller und Mehr gebrochen, die beim Warenkonsum für steigenden Ressourcenverbrauch und wachsende Abfallberge verantwortlich ist“ (REDLER 1998, 65).

Die vielfältigen Entwürfe für eine nachhaltigkeitskompatible Zeitaufteilung zwischen Erwerb, Selbstversorgung und selbstbestimmten Aktivitäten würden auf ein 'duales System' hinauslaufen, so wie es z. B. Rifkin (1995, 180ff.), Beck (1998, 63) und Reheis (1998, 171ff.) befürworten. Demnach könnte die Einkommenssicherung zukünftig aus einer Kombination zwischen üblicher Erwerbsarbeit und ergänzenden Aktivitäten im 'dritten' oder 'informellen' Sektor bestehen. Die hierzu erforderliche Arbeitszeitumverteilung würde neben der wachstumsneutralen Schaffung zusätzlicher Erwerbsoptionen für bislang Beschäftigungslose weitere Nachhaltigkeitspotenziale offenbaren: Nachhaltiger Konsum, Versorgungssicherheit durch mehr individuelle oder regionale Autarkie und eine Abkehr vom Vollbeschäftigungsparadigma können einander bedingen.

### 5.2.3. Entwicklungspolitik zwischen globaler Umverteilung und Wachstumsförderung

Wenn an der gegenwärtigen internationalen Einkommensverteilung (Nord-Süd-Gefälle) festgehalten wird, bleibt den Bewohnern der südlichen Hemisphäre in vielen Fällen nur die Option, ihre materiellen Ansprüche auf einen menschenwürdigen Lebensstandard durch die intensivere Ausbeutung von Ressourcen und Ökosystemen zu verwirklichen. Aber nicht nur materielle Armut, sondern auch die hohe Verschuldung beschleunigt diesen Prozess. Entwicklungspolitische Rezepturen, die das Attribut 'nachhaltig' verdienen, sollten daher den Druck zur ruinösen Naturausbeutung mildern. Das Wuppertal Institut (2005, 158ff.) schlägt ein Zukunftsmodell der „Kontraktion und Konvergenz“ vor, das sich auf zwei Entwicklungspfade konzentriert: „Die Industrieländer ver-

mindern ihren Ressourcenverbrauch stärker, als die Entwicklungsländer ihren Ressourcenverbrauch ausweiten. In der Zukunft treffen sich alle Länder auf einem gemeinsamen Zielkorridor, der innerhalb der Tragkapazität der Biosphäre bleibt“ (ebd., 159).

Viele entwicklungspolitische Kontroversen inklusive des (Anti-)Globalisierungsdiskurses beschäftigen sich mit einer ‘fairen’ Gestaltung des internationalen Handels. Demnach hindere der Protektionismus die sog. ‘Dritte Welt’ an einer gedeihlichen wirtschaftlichen Entwicklung. Tarifäre (z. B. Zölle, Exportsubventionen) und nichttarifäre (z. B. Einfuhrquoten, besondere Qualitätserfordernisse) Handelshemmnisse, durch die Entwicklungsländer vom internationalen Warenaustausch abgeschnitten werden, mögen eklatant sein. Aber wie sich deren Beseitigung auf das Spannungsfeld zwischen Verteilung und Wachstum auswirken würde, ist nur schwer abzuschätzen. Zunächst lässt sich kaum sinnvoll begründen, wie Freihandel die Existenzsicherung in Armutsökonomien verbessern könnte, ohne dass diese sich verstärkt auf die internationale Arbeitsteilung ausrichten. Bestimmend wären dann nicht die inländischen Bedarfsstrukturen, sondern komparative Kostenvorteile, mit denen sich auf den Weltmärkten Gewinne erzielen lassen. Wenn die Handelsgewinne aber allein der Besserstellung einer Elite vorbehalten bleiben, kann sich die Situation der ärmsten Bevölkerungsteile im Vergleich zur Autarkielösung sogar verschlechtern.<sup>3</sup> Hinzu kommt, dass hierdurch ein Strukturwandel eintritt, der die Fähigkeit zur Subsistenz aushöhlt. Wo monetär entgeltete Erwerbsarbeit an die Stelle von Selbstversorgung tritt, ist die Existenzsicherung an Löhne und Preise gekoppelt, deren Höhe wiederum der Weltmarktdynamik ausgeliefert ist.

Im Gegensatz dazu beschreitet der Ansatz der „De-Globalisierung“ (BELLO 2003, 33) den Weg „von der übermäßigen Exportproduktion hin zu einer Produktion für den lokalen Markt“. Diese Strategie sieht unter anderem vor,

- ✧ interne finanzielle Ressourcen zu mobilisieren, anstatt sich „wie bisher von Auslandsinvestitionen und ausländischen Finanzmärkten abhängig zu machen“,
- ✧ eine „längst überfällige Einkommensumverteilung und Bodenreform“ durchzuführen,
- ✧ „weniger Wert auf Wachstum zu legen und Gleichheit zu maximieren, um das ökologische Ungleichgewicht radikal zu reduzieren“ und
- ✧ einen neuen Produktions- und Tauschkomplex einzuführen, „der kommunale Kooperativen, private Unternehmen und staatliche Unternehmen beinhaltet und transnationale Konzerne ausschließt“ (ebd.).

Diese Strategie beleuchtet einen Aspekt, der den Entwicklungsdiskurs zusehends in eine andere Richtung lenkt. Bislang wurde die Schlüsselkategorie ‘Gerechtigkeit’ hier zumeist zwischen, aber nicht innerhalb von Staaten thematisiert, so als seien diese per se entweder ‘arm’ oder ‘reich’. Mittlerweile verläuft die soziale Trennlinie aber eher quer dazu, nämlich zwischen einer „globalen Konsumentenklasse“ (SACHS 2002) bzw. den „New Consumers“ (MYERS u. KENT 2005) und einem vom Wohlstand ausgegrenzten Rest.

Damit verlagert sich das globale Verteilungsproblem von der zwischenstaatlichen auf die personelle Ebene, woraus sich unterschiedliche Konsequenzen ziehen lassen. Beispielsweise würde nach dem von Barnes (2001) vorgeschlagenen ‘Sky Trust’ jedem Staat ein bestimmtes Quantum an Emissionsrechten zugeteilt, die von den Unternehmen je nach Klimaschädlichkeit ihrer Produktion erworben werden müssten. Die Verkaufserlöse würden als Dividende an die Bürger ausgeschüttet, wobei ein automatischer Umverteilungsmechanismus in Kraft träte: Die Kosten der Emissionsrechte würden die Marktpreise für emissionsintensive Produkte und Leistungen steigern. Deshalb würden Bürger mit einer hohen Nachfrage nach derartigen Gütern über die gestiegenen Preise teilweise die Dividende jener Bürger mitfinanzieren, die klimaschonender konsumieren.

Unberührt davon, dass sich die Praktikabilität und Akzeptanz derartiger Lösungen momentan als gering herausstellen könnte, lässt sich u.a. eine wichtige Schlussfolgerung ziehen: Zuwächse an materiellem Wohlstand müssen durch Umweltentlastungen und Ressourceneinsparungen andernorts 'gedeckt' sein. Für den Norden, der sich regelmäßig zu seiner entwicklungspolitischen Verantwortung bekennt, würde dies zukünftig bedeuten, nicht großzügiger zu geben, sondern weniger zu nehmen.

## 6. Zur Brauchbarkeit des Drei-Säulen-Modells

Wie verhalten sich die vorgestellten sechs Prinzipien (Effizienz, Konsistenz, Vermeidung, Risikominderung, Suffizienz und Umverteilung) nun zu dem Umstand, dass Nachhaltigkeit zumeist durch ein mehrdimensionales oder integratives Drei-Säulen-Modell dargestellt wird? Die drei Komponenten Soziales, Ökologie und Wirtschaft seien, so ist allerorten zu vernehmen, 'gleichrangig' zu behandeln, miteinander zu 'vereinbaren' oder in ein 'Gleichgewicht' zu bringen (vgl. z. B. CASPERS-MERK 1998; MAJER 2000). Damit werden wirtschaftliche und soziale Belange ad hoc, also ohne nähere Begründung, in den Rang von Zielkomponenten befördert, obwohl eine Anwendung des Übertragbarkeitskriteriums zumindest für die nördliche Hemisphäre den Befund liefert, dass die Engpassfaktoren jeder weiteren menschlichen Entwicklung ökologischer Art sind. Nach Maßgabe dieses 'Drei-Säulen-Modells' verkörpert jeder der genannten Bereiche ein schutzwürdiges Interesse, dem durch Nachhaltigkeitsaktivitäten in möglichst gleichem Umfang Genüge zu leisten ist. Nachhaltig könnte demnach nur sein, was im Schnittmengenbereich der drei Säulen liegt. Eine konsequente Auslegung der Säulenlogik würde bedeuten, dass Maßnahmen zur Umweltentlastung nur dann als nachhaltige Entwicklung einzustufen sind, wenn sie zugleich einen sozialen und wirtschaftlichen Nutzen generieren.

Mittlerweile wird dieser Konstruktion recht harsche Kritik zuteil, weil die betont 'integrative' Herangehensweise als Einladung zum Hineininterpretieren willkürlicher Partikular-, Gruppen- oder Lobbyinteressen (miss-)verstanden werden kann. Brand und Jochum (2000, 75) sehen die soziale und ökonomische Säule als einen „Wunschzettel“, in den unterschiedliche Akteure ihre Positionen und Interessen einbringen können. Döring und Ott (2001, 317) sprechen von westlichen „Luxussorgen“, die sich damit „zu Zielen nachhaltiger Entwicklung erklären“ lassen. Mit leicht ironischem Unterton kommentiert Meyer-Abich (2001, 302f.): „Wo so 'umfassend' und 'ganzheitlich' gedacht wird, müsste man sich ja geradezu schämen, hier noch irgendetwas 'getrennt voneinander zu sehen'. Der Nachhaltigkeit würde dies gleichwohl besser bekommen, denn in der Umarmung durch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die soziale Verantwortung kann ihr die Luft ausgehen.“

Ökologische Erfordernisse lassen sich also jederzeit durch die per Definition gleichrangigen sozialen und wirtschaftlichen Belange neutralisieren. Ekarde (2005) kritisiert die Säulenlogik als Ursache dafür, dass ständig die Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie beschworen wird. Daraus ergebe sich zwangsläufig die Konsequenz, Nachhaltigkeit mit der „Forderung nach ständigem und grenzenlosem Wirtschaftswachstum“ zu verknüpfen. „Wir brauchen also keine Säulendiskussion – auch wenn solche Nebenkriegsschauplätze recht gut unser aller Interesse am Status quo bedienen, indem sie unsere Gegenwartsinteressen mit einem schönen Wort adeln, gleichzeitig aber einen womöglich ungemütlichen Paradigmenwechsel von uns fernhalten“ (ebd., 28).

Auch Maier-Rigaud (2000, 32) bemängelt, dass die „Dreifaltigkeit“, also die Gleichbehandlung der Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales, Ausdruck

einer verheerenden Niederlage ökologischer Positionen“ sei. Zu einem nicht minder vernichtenden Urteil gelangt Meyer-Abich (2001, 303): Das „Dreisäulentheorem“, so die Kritik, scheitere bereits an seinem eigenen Anspruch, weil es nicht einmal die „Gleichrangigkeit dreier nebengeordneter Ziele, sondern die des Ganzen (der Natur) mit einem Teil des Ganzen (der Gesellschaft) und obendrein mit einem Teil dieses Teils (der Wirtschaft)“ impliziere.

Selbst wenn akzeptiert werden könnte, dass jeder der drei Säulen ein gleichrangig zu beurteilender inhärenter Wert innewohnt, ließe sich damit bestenfalls ein identischer Grad an *Schutzwürdigkeit*, aber nicht an *Schutzbedürftigkeit* begründen. Ein wie auch immer gearteter Zustand an gleichrangiger oder gleichgewichtiger Integrität aller relevanten Säulen, der längst nicht mehr existiert, kann folglich auch nicht bewahrt werden. Die zu schützende Gleichrangigkeit müsste erst wiederhergestellt werden, bevor Nachhaltigkeitsmaßnahmen ergriffen werden könnten, die allen Interessen in gleichem Umfang zugute kommen. Andernfalls käme es zur Fortschreibung eben jenes Ungleichgewichts, dessen Wahrnehmung den Nachhaltigkeitsdiskurs überhaupt ausgelöst hat. Ernst zu nehmende Zweifel daran, dass die bisherige gesellschaftliche Entwicklung ein tiefes Ungleichgewicht zu Lasten ökologischer Erfordernisse hervorgebracht hat, dürften indes kaum mehr bestehen. Damit wäre – ganz im Sinne einer Wiederherstellung der vom Säulen-Modell proklamierten Gleichrangigkeit – ökologischen Belangen auf nicht absehbare Zeit eine Priorität einzuräumen. Die mit dem Säulenmodell assoziierte Forderung nach Maßnahmen, die allen Interessenbereichen gleichermaßen nützen, erweist sich dann aber als obsolet.

## 7. Fazit

Die vom Säulenmodell heraufbeschworenen Widersprüche lassen sich nur dadurch lösen, dass Soziales, Ökologie und Wirtschaft nicht als Zieldimensionen, sondern als Handlungsfelder betrachtet werden, in denen jeweils Lösungsbeiträge entsprechend dem Nachhaltigkeitsziel, das aus dem Übertragbarkeitskriterium hergeleitet wurde, zu erbringen sind. Dies kann exemplarisch an den Feldern Soziales und Wirtschaft erläutert werden. Die soziale Komponente findet nicht etwa deshalb Eingang in das Nachhaltigkeitskonzept, weil auf der Grundlage eines – wie auch immer beschaffenen – Gerechtigkeitsmaßstabes Partei für sozial schwache Gruppen ergriffen werden soll, sondern aufgrund einer simplen Erkenntnis, die auch ohne ein derartiges Werturteil auskommt: Übermäßige Ungleichverteilung ist eine systematische Ursache für Wirtschaftswachstum, das wiederum stetig neue Ressourcenverbräuche und Umweltbelastungen hervorruft.<sup>4</sup> Es geht also nicht um soziale Gerechtigkeit als Ziel, sondern vielmehr um einen Abbau von sozialen Ungleichheiten als ursachenadäquates Mittel zur Abmilderung von Wachstumszwängen.

Die wirtschaftliche Komponente fließt ein, weil einerseits von Menschen produziertes Kapital zwecks Befriedigung materieller Bedürfnisse essentiell ist. Andererseits sind die derzeitig praktizierten Wirtschaftsstile jedoch nicht dauerhaft übertragbar. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, gerade diesen Kernbereich hinsichtlich seines Ressourcenverbrauchs und seiner Ökologieverträglichkeit an ein dauerhaft übertragbares Niveau heranzuführen. Zudem sollten Nachhaltigkeitsmaßnahmen weitgehend marktwirtschaftlich kompatibel sein, und zwar aus dem schlichten Grund, dass alternative Wirtschaftssysteme politisch nicht zur Diskussion stehen. Je marktkonformer Nachhaltigkeitsschritte ausgestaltet sind, umso durchsetzungsfähiger und erfolgversprechender

sind sie deshalb. Entgegen landläufiger Auslegungen lässt sich aus diesem Sachverhalt jedoch kein schutzwürdiges Interesse der Wirtschaft – quasi als autonomes Teilziel innerhalb des Nachhaltigkeitskonzeptes – ableiten, weil erstens Unternehmen gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen keinen überragenden Schutzbedarf aufweisen und zweitens Wirtschaftssysteme als solche keinen Selbstzweck, sondern Koordinationsinstrumente zur effizienten Bedürfnisbefriedigung darstellen. Dauerhafter Bestandschutz, Gewinnansprüche, Wettbewerbsfähigkeit, betriebswirtschaftliche Effizienz oder sichere Rahmenbedingungen mögen aus Sicht eines einzelnen Unternehmens legitime Forderungen darstellen, haben aber keinen originären Nachhaltigkeitsbezug. „Einen Begriff wie ‘Wirtschaftsverträglichkeit’ zu akzeptieren, bedeutet bereits die politische Neutralisierung des ökologischen Nachhaltigkeitszieles“ (MAIER-RIGAUD 2000, 32).

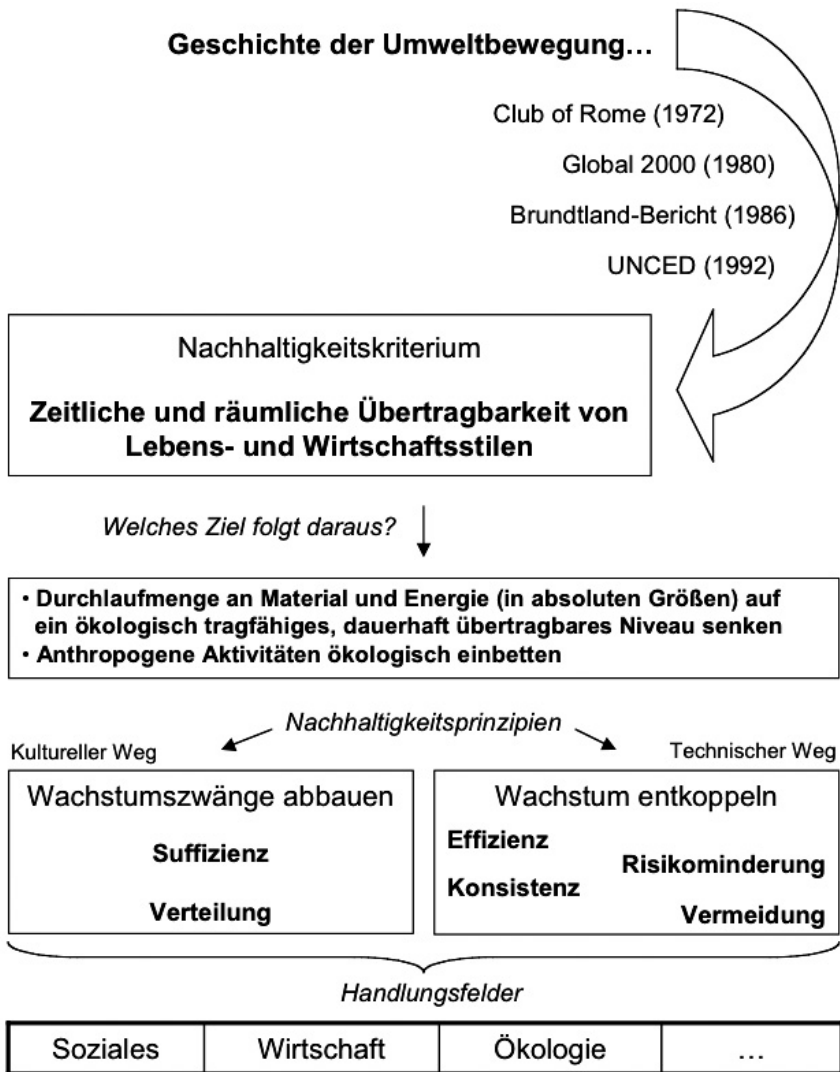


Abbildung 1: Nachhaltige Entwicklung als erweitertes Vorsorgeprinzip

Fasst man die drei Säulen als Handlungsfelder auf, so ergibt sich daraus in Verbindung mit den zuvor dargestellten Wirkungsprinzipien ein konzeptioneller Rahmen, an dem Nachhaltigkeits Schritte ausgerichtet werden können. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die relevanten Handlungsfelder keineswegs auf Soziales, Wirtschaft und Ökologie beschränken müssen, sondern um weitere Bereiche ergänzt werden können. Die aus dem Übertragbarkeitskriterium systematisch abgeleiteten Ziele, Prinzipien und Handlungsfelder schaffen einen Orientierungsrahmen für die Suche nach und die Beurteilung von Nachhaltigkeitsfortschritten.

Die begründete Skepsis gegenüber der Wachstums- und Innovationsorientierung des technischen Weges unterminiert nicht die Bedeutung seiner vier Prinzipien – Effizienz, Konsistenz, Vermeidung und Risikominderung werden für eine nachhaltigkeitsorientierte Transformation dringend benötigt –, wohl aber dessen Alleinvertretungsanspruch. Vieles spricht deshalb für eine Akzentverlagerung zugunsten des kulturellen Weges. Jahrhundertlang wurde die Steigerung des materiellen Güterwohlstandes als alleiniges ökonomisches Ziel verinnerlicht. Was aber, wenn demnächst nicht nur aus ökologischen, sondern mittlerweile auch aus ökonomischen und sozialen Gründen zwangsläufig ein Umgang mit dem Weniger ansteht? Sind Unternehmen und Märkte darauf vorbereitet? Die Formung einer lebensdienlichen Ökonomie, in der keine Zuwächse mehr zu verteilen sind, gründet sich weniger auf unangenehmen Verzicht als vielmehr darauf, das denkbar ungünstige Verhältnis zwischen Reichtum und Genuss neu zu arrangieren. Nie zuvor war das in modernen Industriestaaten zu beobachtende Manko, „aus so viel Wohlstand so wenig Glück zu ziehen“ (ULRICH 1997, 147) dermaßen eklatant. Umverteilung und insbesondere Suffizienz verdienen daher stärkere Berücksichtigung.

Das solchermaßen beschriebene 'Window of Opportunity' für suffizientere Lebensstile verweist u.a. auf zwei interessante Fragenkomplexe. Wie lässt sich ein demnächst heraufziehendes Zeitalter der Entrümpelung als Chance für mehr Lebensqualität nutzen? Und: Sollte sich die Wende zum Weniger tatsächlich in Form gemäßigter Konsummuster manifestieren, von welcher Beschaffenheit und Qualität müssten dann die verbleibenden Konsumobjekte sein? Um mit weniger auszukommen, muss das Wenige entsprechend hohe Anforderungen an Ästhetik, Dauerhaftigkeit, Funktionalität etc. erfüllen. Aber dann wäre Suffizienz entgegen anderslautender Klischees zwar wachstums-, aber eben nicht per se wirtschafts- oder unternehmensfeindlich. Suffizienz stellt neue Herausforderungen an eine mit geringeren Konsummengen kompatible Produkt- und Hardwaregestaltung. Außerdem wären neue Nutzungssysteme und daran gekoppelte Dienstleistungen vonnöten, um aus weniger Materie mehr Befriedigung zu generieren (vgl. PAECH u. PFRIEM 2005). Aber ließe sich in derartigen Handlungsfeldern etwa kein Geld verdienen? It's the economy, stupid!

Privatdozent Dr. Niko Paech  
Carl von Ossietzky Universität Oldenburg  
Fakultät II; Lehrstuhl für Unternehmensführung/Betriebliche Umweltpolitik  
D-26111 Oldenburg  
E-mail: niko.paech@uni-oldenburg.de

Privatdozent Dr. Niko Paech, Universität Oldenburg. Arbeitsschwerpunkte: Umweltökonomik, Nachhaltigkeitsforschung, Innovationsmanagement, Konsum- und Diffusionsforschung. Buchveröffentlichung: *Nachhaltiges Wirtschaften jenseits von Innovationsorientierung und Wachstum. Eine unternehmensbezogene Transformationstheorie*, Marburg, 2005.

## Anmerkungen

1. Diese zusätzliche Bedingung trägt dem Umstand Rechnung, dass nicht alle ökologischen Schadensursachen mittels quantifizierbarer Stoffflüsse erfassbar sind, sondern systemischer und qualitativer Art sein können.
2. Die sowohl in Theorie als auch Praxis sehr wichtigen Prinzipien Effizienz und Konsistenz werden hier nur gestreift, da sie an anderer Stelle bereits vorgestellt wurden (vgl. PAECH 2005a, 2005b).
3. Die zentrale Aussage der realen Außenwirtschaftstheorie, wonach Freihandel immer der Autarkielösung überlegen ist, schließt ohnehin nicht aus, dass manche Branchen oder Sektoren Verluste hinnehmen. Die Pointe besteht vielmehr darin, dass die Gewinne unter plausiblen Annahmen die Verluste übertreffen, woraus ein positiver Saldo folgt. Aber ob es tatsächlich zur Kompensation der Verlierer kommt, ist letztlich den politischen Machtverhältnissen anheim gestellt und somit nicht mehr Gegenstand der ökonomischen Theorie.
4. Der berühmte Ausspruch Ludwig Erhards, wonach es besser sei, den volkswirtschaftlichen 'Kuchen' wachsen zu lassen, statt sich um die Verteilung eines gegebenen Kuchens zu streiten, ist zum Sinnbild einer politischen Kultur geworden, dergemäß sozialer Frieden und politische Stabilität mit Wirtschaftswachstum zu erkaufen sind. Indem lediglich volkswirtschaftliche Zuwächse als Verteilungsmasse zur Disposition gestellt werden, können Anspruchsgruppen bedient werden, ohne dabei den absoluten Status quo anderer Gruppen antasten zu müssen.

## Literatur

- BARNES, P. (2001): *Who owns the sky? Our common assets and the future of capitalism*, Washington et al.
- BECK, U. (1986): *Risikogesellschaft*, Frankfurt a. M.
- BECK, U. (1998): Freiwillig, aber nicht umsonst. In: *Politische Ökologie*, 54, 61-64.
- BELLO, W. (2003): Ringen um die Zukunft: De-Globalisierung. In: *Politische Ökologie*, 85, 33-34.
- BENNHOLDT-THOMSEN, V., HOLZER, B., MÜLLER, C. (1999) (Hrsg.): *Das Subsistenzhandbuch*, Wien.
- BENZ, A. (2001): Vom Stadt-Umland-Verband zu 'regional governance' in Stadtregionen. In: *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften*, 40, 55-71.
- BRAND, K. W., JOCHUM, G. (2000): *Der deutsche Diskurs zu nachhaltiger Entwicklung*, München.
- BRAUNGART, M. R., McDONOUGH, W. A. (1999): Die nächste industrielle Revolution. In: *Politische Ökologie*, 62, 18-22.
- BUND, MISEREOR (1996): *Zukunftsfähiges Deutschland*, Basel/Boston/Berlin.
- CASPERS-MERK, E. (1998): Vorwort zum Abschlussbericht der Enquete-Kommission 'Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig Zukunftsverträglichen Entwicklung' des 13. Deutschen Bundestages. *Konzept Nachhaltigkeit – Vom Leitbild zur Umsetzung*, Bonn.
- DALY, H. (1999): *Wirtschaft jenseits von Wachstum*, Salzburg/München.
- DEGRAAF, J., WANN, D., NAYLOR, T. (2001): *Affluenza. Zeitkrankheit Konsum*, München.
- DÖRING, R., OTT, K. (2001): Nachhaltigkeitskonzepte. In: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik*, 2/2, 315-339.
- DURNING, A. (1992): *How much is enough?* New York.
- EHRENBERG, A. (2004): *Das erschöpfte Selbst*, Frankfurt a. M.
- EKARDT, F. (2005): *Das Prinzip Nachhaltigkeit*, München.
- GESELL, S. (1916): *Die natürliche Wirtschaftsordnung*, Bern.
- GIARINI, O., LIEDTKE, P. M. (1998): *Wie wir arbeiten werden*. Der neue Bericht an den Club of Rome, Hamburg.
- GLEICH, A. von (1997): Innovationsfähigkeit und Richtungssicherheit. In: Gleich, A. von, Leinkauf, S., Zundel, S. (Hrsg.): *Surfen auf der Modernisierungswelle? Ziele, Blockaden und Bedingungen ökologischer Innovation*, Marburg, 15-45.

- GORZ, A. (1998): Jenseits der Erwerbsarbeit. In: *Politische Ökologie*, 54, 50-54.
- GRONEMEYER, R. (1998): *Die neue Lust an der Askese*, Berlin.
- HAUFF, V. (1987): *Unsere gemeinsame Zukunft*. Bericht der Brundtland-Kommission, München.
- ILICH, I. (1982): *Vom Recht auf Gemeinheit*, Reinbek.
- KOHR, L. (1962/1983): *The Overdeveloped Nations*, London (Die überentwickelten Nationen, 1983, Salzburg).
- LIETAER, B. A. (2002): *Das Geld der Zukunft*, Sonthofen.
- LUCAS, R., WINTERFELD, U. von (1998): Die 'Ganze Arbeit' als Ziel. In: *Politische Ökologie*, 54, 30-34.
- MAIER-RIGAUD, G. (2000): Wachstum oder Nachhaltigkeit – ein Scheingefecht? In: *Politische Ökologie*, 66, 31-34.
- MAJER, H. (2000): Das nachhaltige Unternehmen – Versuch einer Begriffsbestimmung. In: Beschoner, T., Pfiem, R. (Hrsg.): *Evolutorische Ökonomik und Theorie der Unternehmung*, Marburg, 337-376.
- MEYER-ABICH, K. M. (2001): Nachhaltigkeit – ein kulturelles, bisher aber chancenloses Wirtschaftsziel. In: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik*, 2/2, 291-310.
- MYERS, N., KENT, J. (2005): Die neuen Konsumenten in Entwicklungs- und Transformationsländern und der Einfluss ihres Wohlstands auf die Umwelt. In: *Natur und Kultur*, 6/1, 3-22.
- PAECH, N. (2005a): Nachhaltigkeit zwischen Dematerialisierung und Ökologisierung: Hat sich die Wachstumsfrage erledigt? In: *Natur und Kultur* 6/1, 52-72.
- PAECH, N. (2005b): *Nachhaltiges Wirtschaften jenseits von Innovationsorientierung und Wachstum. Eine unternehmensbezogene Transformationstheorie*, Marburg.
- PAECH, N., PFIEM, R. (2005): Neue Nutzungsstrategien und nachhaltiges Unternehmertum. In: Rabelt, V., Bonas, I., Buchholz, K., Denisow, K., Piek, M., Scholl, G. (Hrsg.): *Strategien nachhaltiger Produktnutzung*, Ökom-Verlag, München, 2005, 35-47.
- REDLER, E. (1998): Tätigkeit statt Warenkauf. In: *Politische Ökologie*, 54, 65-67.
- REHEIS, F. (1998): *Die Kreativität der Langsamkeit. Neuer Wohlstand durch Entschleunigung*, Darmstadt.
- RIFKIN, J. (1995): *Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft*, Frankfurt am Main.
- SACHS, W. (1993): Die vier E's. Merkposten für einen maßvollen Wirtschaftsstil. In: Mayer, J. (Hrsg.): *Strukturanpassung für den Norden – Modelle und Aktionspläne für eine global verträgliche Lebensweise in Deutschland*, Loccum.
- SACHS, W. (2002): *Nach uns die Zukunft*, Frankfurt a. M.
- SCHERHORN, G. (2002): Die Logik der Suffizienz. In: Linz, M., Bartelmus, P., Henicke, P., Jungheit, R., Sachs, G., Scherhorn, G., Wilke, G., Winterfeld, U. von (Hrsg.): *Von nichts zu viel. Suffizienz gehört zur Zukunftsfähigkeit*, Wuppertal, 15-26 (Arbeitspapier des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie).
- SCHMIDHEINY, S. (1993): *Kurswechsel*, München.
- SCHMIDT, J., WAGNER, W., KOCH, H. (2001): Der Gib & Nimm-Tauschring Nürnberg. In: *Zeitschrift für Sozialökonomie*, 38, 17-24.
- SCHMIDT-BLEEK, F. (2000): *Das MIPS-Konzept. Weniger Naturverbrauch – mehr Lebensqualität durch Faktor 10*, München.
- SCHÖNBURG, A. von (2005): *Die Kunst des stilvollen Verarmens*, Berlin.
- SEGAL, J. M. (1999): *Graceful Simplicity*, New York.
- SEN, A. (1981): *Poverty and Famines. An Essay on Entitlement and Deprivation*, Oxford.
- ULRICH, B. (1997): *Deutsch, aber glücklich*, Berlin.
- UMWELTBUNDESAMT (1997): *Nachhaltiges Deutschland*, Berlin.
- WEIZSÄCKER, E. U. von (1992): *Erdpolitik*, Darmstadt.
- WUPPERTAL INSTITUT FÜR KLIMA, UMWELT, ENERGIE (2005): *Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit*, München.